

Ursachen und Perspektiven einer Protestbewegung

Lucky Streik?



Es ist also wieder soweit. Die Studierenden formieren sich zur größten Protestbewegung seit dem legendären Streikwinter 1988/89 und können sich vor Solidaritätsbekundungen, Sympathiebeipflichtungen und ähnlichen Lobhudeleien aller Seiten kaum retten. Wo sonst polizeiliche Räumungen und Wasserwerfereinsätze an der Tagesordnung waren, gibt es nun freundliche Gespräche und Angebote zur Zusammenarbeit. Doch spätestens, als die FAZ und Bundeskanzler Kohl Verständnis für die Aktionen der Studierenden äußerten, mußten sich die Studierenden fragen, ob sie nicht etwas falsch machen.

Wer sind diese Studierenden, die den Streik begannen? Zunächst überwiegend Erstsemesterinnen und Erstsemester, die

aus ehrlicher Empörung heraus, daß auch das be- oder überstandene Abitur keine Eintrittskarte mehr in ein sicheres Studium ist, aufbegehren. Diese standen mit Beginn des Wintersemesters vor überfüllten Hörsälen oder bekamen schlichtweg keinen Praktikumsplatz. Eher unorganisiert und „aus dem Bauch heraus“ machten sie ihrem Ärger Luft und weigerten sich, diese Bedingungen so zynisch hinzunehmen wie ihre älteren Komiliton-Innen. Doch bald holte der Schwung der Jüngeren auch die höheren Semester aus ihrer politischen Gelähmtheit. Der Streik in Gießen weitete sich auf ganz Hessen aus und griff innerhalb weniger Wochen auf alle Bundesländer über.

Dies verlief nicht ohne Anfangsschwierigkeiten. Streik- und politisch erfahrene Studierende aus der 88/89er Bewegung, die gewissen Hilfestellungen hätten bieten können, haben längst die Hochschulen verlassen. Die wenigen in den ASten arbeitenden Studierenden reichten kaum aus, um dieses Defizit auszugleichen. Die Folge war eine erhebliche Reisetätigkeit einiger „Altkader“, die unterwegs waren, um an verschiedensten Hochschulen teach-ins abzuhalten.

Und so konnte man den Eindruck gewinnen, die Studierenden müßten jedesmal auf stundenlangen Streikplena das Rad neu erfinden.

Doch das studentische Gedächtnis währt eben nicht lange, Erfahrungen werden nicht weitergegeben und müssen alle paar Jahre wieder neu gesammelt werden. Symptomatisch sind dann Äußerungen wie „wir streiken so lange, bis wir wissen, was wir wollen“.

Allerdings lernten die Studierenden recht schnell, über den Tellerrand ihrer eigenen Hochschule hinauszublicken und nach den UrheberInnen der Mißstände zu suchen. Nach einigen Demonstrationen gegen Hochschulleitungen und Landesregierungen fanden sich Zehntausende von Studierenden auf einer gigantischen Protestkundgebung gegen die Bundesregierung in Bonn wieder, halb ungläubig, halb begeistert über die eigene Bewegung.

Interessanterweise nahmen die Proteste ihren Anfang in einem rot-grün regierten Bundesland. Dies zeigt,



daß nicht nur die Haushalte der meisten Bundesländer desolat sind, sondern auch die Sachzwangargumentation, mit der sie verteidigt

werden. Eine Umverteilung zugunsten des Bildungsbereiches sei im Moment kaum möglich, beteuern die Verantwortlichen. Wenn der Fraktionschef der hessischen Grünen auf einer hochschulpolitischen Veranstaltung den Studierenden vorwirft, diese wollten „nur verantwortungslos die Nettoneuverschuldung hochtreiben“, dann muß er sich zu recht von ihnen die Frage „Ja und? Was bietet ihr uns den sonst für Perspektiven?“ gefallen lassen.¹ Daß „gespart“ werden müsse, sehen die Studierenden nicht länger ein. Insbesondere nicht bei gleichzeitig offensichtlich wahnwitzigen Investitionen in die Rüstung. Doch den einseitigen Schuldzuweisungen der rot-grünen Landesregierung an die Bundesregierung trauen die Studierenden nicht mehr. Und so wird die studentische Bewegung nicht nur in Hessen zum Prüfstein einer eventuellen rot-grünen Koalition auf Bundesebene.

Im Verlauf der Debatte um die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes hat die SPD ohnehin schon eine Menge Punkte verloren. Sie lies sich durch ihre Zustimmung zum Kompromißentwurf im September 1997 von der CDU geschickt ins politische Aus manövrieren. Unnötig kampfflos gab sie damit sozialdemokratische Grundsätze auf. Der freie Hochschulzugang, der nun durch das Auswahlrecht der Hochschulen eingeschränkt werden soll,



mobilisiert nicht nur Studierende, sondern gerade auch die SchülerInnen, die gemeinsam mit den Studierenden auf die Straße gehen. Ebenso unverständlich ist den Studierenden, wie man in den Zeiten eines kaum vorhandenen Arbeitsmarktes freiwillig die Einführung eines „Billig-schlusses“ wie dem Bachelor befördern kann, wenn die Aussichten für HochschulabgängerInnen auf einen angemessen bezahlten Arbeitsplatz schlecht genug sind. Gänzlich unverzeihlich allerdings ist das Versäumnis der SPD, auf ein verbindliches Verbot jeglicher Studiengebühren zu bestehen. Die halbherzigen Nachbesserungsversuche im Bundesrat werden völlig unglaubwürdig, wenn in den Bundesländern (auch mit Beteiligung der SPD) bereits Anläufe gemacht

werden, die Studierenden zur Finanzierung wahlweise der Hochschulen oder der Haushaltslöcher heranzuziehen.

Daß es um mehr als nur „mehr Geld“ geht, ist eigentlich den meisten Stud-



ierenden klar. Darüber darf auch nicht die größtenteils festgefahrene Berichterstattung der Presse hinwegtäuschen. Doch Vorsicht ist geboten, wenn sich die ProfessorInnen jovial an die Seite der Studierenden stellen und verkünden, man ziehe gemeinsam an einem Strick. Es mag hilfreich sein, sich geschlossen als ganze Hochschule dem Kürzungswahn entgegenzustellen; sicherlich ist es auch beruhigender für Studierende, im Einvernehmen mit der Hochschulleitung Aktionswochen durchzuführen. Das bewahrt manchmal vor unangenehmen Begegnungen mit gut gerüsteten Raumkommandos.

Aber die Motivation der ProfessorInnen, an einer Protestbewegung teilzunehmen, ist eine andere als die der Studierenden. Durch die an die Substanz gehenden Kürzungen machte die natürliche Selbstzufriedenheit des Professorenkartells einer hilflosen Panik Platz, da nun auch die eigenen Pfründe bedroht sind. Doch die gewohnten politischen Verhaltensmuster der auf Lebenszeit Verbeamteten funktionieren in Zeiten der völligen Deregulierung nicht mehr.

¹ So geschehen auf einer Veranstaltung der Giessener Studierenden am 17. November 1997, zu der der Parteivorstand der hessischen Grünen eingeladen war.



"Die lassen wir jetzt solange rennen, bis sie wieder aufhören!"

Novellierung des Hochschulrahmengesetzes endlich zu realisieren. Doch dies wird von nahezu allen parlamentarisch-politischen Akteuren geschickt ignoriert.



Da kommt die Solidarisierung mit einer vielversprechenden Protestbewegung sehr gelegen. Doch ProfessorInnen sind trügerische BündnispartnerInnen, von denen die Studierenden nicht viel erwarten können.

Denn wenn es an die entscheidenden Strukturen geht, in denen über die hochschulinterne Mittelvergabe bestimmt wird, findet die professorale Solidarität ein Ende. Seit mehr als 25 Jahren wird die Demokratisierung der Hochschulen mit dem Verweis auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes beiseite geschoben und die Mehrheit der ProfessorInnen in den Hochschulgremien gerechtfertigt. Das stimmt jedoch nur in gewissen Entscheidungsgegenständen: Forschung, Berufungen, künstlerische Entwicklungsvorhaben und unmittelbare Belange der Lehre. Über die Verteilung von Finanzen ist nichts ausgesagt, hier wäre es möglich, alle Statusgruppen der Hochschule gleichberechtigt mitwirken zu lassen.

Erst zusammen mit einer grundlegenden Demokratisierung der Hochschulen ist die immer wieder kolportierte studentische Forderung nach „mehr Geld“ auch sinnvoll. Auch hier gäbe es die Gelegenheit, schon erarbeitete Modelle im Rahmen der

Auch hier hat die SPD eine auf Jahre einmalige Chance vertan.

Ziel einer studentischen Bewegung kann es also nicht sein, einfach nur den Status quo zu verteidigen. Auch dürfen sich die Studierenden nicht mit einem finanziell lächerlichen Hochschulsonderprogramm vom Onkel Bildungsminister befrieden lassen, wie es 1988/89 geschehen ist. BündnispartnerInnen können die Studierenden nur dann gewinnen, wenn sie sich nicht gegen andere Gruppen ausspielen lassen, sondern ihren Protest gemeinsam mit den vom Sozialabbau Betroffenen auf eine breitere gesellschaftliche Basis stellen.

Viel haben die Studierenden wahrlich nicht mehr zu verlieren: keine Semester, da die meisten Studiengänge ohnehin nicht in der vorgegebenen Zeit zu studieren sind; keinen Arbeitsplatz,

da es so gut wie keine gibt; an Rentenansprüche ist sowieso nicht zu denken.

Doch kann eine Generation, die in der Perspektivlosigkeit der Ära Kohl aufgewachsen ist, noch Utopien entwickeln? Es wäre ihr zu wünschen.

• Ulrike Gonzales

ist studentische Vertreterin im Kuratorium der freien Universität Berlin, im Bundesvorstand des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Vorstandsmitglied des freien Zusammenschlusses von StudentInnenenschaften.

